

Ergänzende Stellungnahme KWP Chemnitz

Als Klimabündnis Chemnitz waren wir von Beginn an in den Erstellungsprozess der kommunalen Wärmeplanung eingebunden, wofür wir grundsätzlich sehr dankbar sind. Im Rahmen dieses Prozesses haben wir bereits Ende September 2025 ein Statement zur KWP erarbeitet, das weiterhin dringliche Relevanz hat und daher unverändert hierbei mit eingereicht wird.

Die dort angesprochenen Kritikpunkte, die auch schon in verschiedensten Formen zu allen Zeitpunkten der Planerstellung mit den verantwortlichen Stellen geteilt wurden, sind leider nicht berücksichtigt worden. Der nun vorliegende Entwurf schafft kaum Planungssicherheit, er zeichnet ein extrem unrealistisches Zielbild für das zukünftige Heizen in Chemnitz und er stellt die Gewinnabsichten des lokalen Netzbetreibers über den Schutz von Verbraucher*innen der Stadt.

Auf der Website der Stadt heißt es, die KWP solle eine Orientierung bieten, wie die klimaneutrale Wärmeversorgung unserer Stadt in 2040 aussehen könne. Dieses Ziel wurde offenkundig verworfen, da für einen großen Teil des Stadtgebiets (unter dem Vorwand man wolle sich alle Optionen offen halten) jene Option in den Plan aufgenommen wurde, die mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit die mit Abstand teuerste Option für klimaneutrales Heizen sein wird: Wasserstoff. Auch die Einschränkung "Prüfgebiet" ändert nichts daran, dass die Orientierung, die dieser Entwurf bietet, den uninformierten Betrachter in eine gefährliche Kostenfalle schickt. Dies wäre absolut vermeidbar gewesen, wenn man (so wie fast alle anderen Großstädte in Deutschland) Wasserstoff hier nicht als realistische Option aufführt. Sollte der Netzbetreiber dann nach gründlicher Prüfung immernoch an dieser Option festhalten wollen und ist er bereit, mit einem von der BNetzA genehmigten Umstellungsplan auch die Haftung im Falle einer ausbleibenden Wasserstoffversorgung zu übernehmen, so kann diese Option nachträglich weiterhin in eine neue Iteration eingearbeitet werden. Im Status Quo liegt der finanzielle Schaden jedoch rein bei jenen Gebäudeeigentümer*innen, die sich, basierend auf der Orientierung dieses Entwurfs, eine neue Gasheizung einbauen und dann bald vor immens hohen Kosten stehen.

Leider hatten wir als aktiver Stakeholder im Planungsprozess keine Möglichkeit, dieses Thema offen zu diskutieren. Obwohl uns anfänglich mehrfach zugesagt wurde, dass es dazu Austausch geben würde, hat dieser nie stattgefunden. Trotz mehrfacher Nachfragen gab es erst lange überhaupt keinen Austausch, bevor wir zumindest zu einem Online "Workshop" eingeladen wurden. Dort durften wir zwar unsere Argumente vortragen, welche aber offensichtlich keinerlei Beachtung gefunden haben, vermutlich da zum Zeitpunkt des Workshops im September 2025 die Entscheidung für Wasserstoff längst gefallen war. Eine ehrliche Stakeholderbeteiligung mit Berücksichtigung der verschiedenen Perspektiven hat also leider nicht stattgefunden.

Daher distanzieren wir uns klar von diesem Plan und empfehlen dringend eine Überarbeitung hin zu einem Entwurf, der mehr Orientierung, Planbarkeit und vor allem Bezahlbarkeit bietet. Ein erster Ansatz dafür wäre es, das bereits erarbeitete "alternative Szenario", wo Wärmepumpen statt Wasserstoff zur dezentralen Wärmeversorgung zum Einsatz kommen, als zentrales Szenario zu nutzen.

Statement zur kommunalen Wärmeplanung

Im Zuge der Erstellung der kommunalen Wärmeplanung (KWP) für Chemnitz wurden die beteiligten Stakeholder bei einer Veranstaltung am 11.09.2025 dazu aufgefordert eigene Statements einzureichen, was wir - die Energie AG des Klimabündnisses Chemnitz - hiermit tun.

Wir fordern, dass die KWP einen ökonomisch und ökologisch belastbaren Weg zum klimaneutralen Gebäudesektor in unserer Stadt aufzeigen und anstoßen soll.

Damit dies gelingen kann, muss die KWP (und deren politische Rezeption) unserer Meinung nach drei fundamentale Tatsachen anerkennen, die in der bisherigen Debatte häufig gar nicht, verkürzt oder falsch dargestellt wurden:¹

1. Die Fernwärme hat es in Chemnitz sehr schwer - wir sollten sie nur dort einsetzen, wo es sich wirklich lohnt!

Im Gegensatz zu anderen Städten gibt es in Chemnitz kaum Umweltwärmepotentiale (z.B. industrielle Abwärme, Flusswasser, Geothermie), die einfach für eine klimaneutrale Fernwärmeversorgung gehoben werden könnten. Somit ist auch zukünftig mit vergleichsweise hohen Kosten für die Fernwärmeversorgung in Chemnitz zu rechnen. Daher sollte der Ausbau bzw. die Nachverdichtung von Fernwärme lediglich auf Altbaugebiete mit hoher Wärmeliniendichte begrenzt werden, in denen die dezentrale Wärmeversorgung z.B. aus Platzgründen nur sehr schwierig möglich wäre.

2. Wasserstoff ist und bleibt viel zu teuer für Gebäudeheizungen - lasst uns niemanden in diese Kostenfalle schicken!

Was in den letzten Jahren schon vielfach diskutiert wurde (siehe Anhang), wird durch die aktuellen Entwicklungen beim Wasserstoffhochlauf nur noch deutlicher: Die fundamentalen Effizienzunterschiede sorgen dafür, dass das Beheizen eines Gebäudes mit Wasserstoff immer deutlich teurer sein wird, als die direkte Nutzung des grünen Stroms in einer Wärmepumpe. Dies gilt explizit auch für Bestandsgebäude mit niedrigerer Effizienzklasse, in denen zusätzlich zum Einbau einer Wärmepumpe teilweise auch weitere Investitionen (z.B. Heizkörperaustausch oder Teilsanierungen) notwendig sein können, da die Energieträgerkosten für Wasserstoff oder andere grüne Gase langfristig hoch sind und bleiben.

Dies gilt auch für die Versorgung mit (fossilem) Erdgas: Der erwartbar steigende CO₂-Preis im EU-ETS 2 und die Verteilung der Netzkosten auf immer weniger Nutzer werden auch hier für steigende Preise sorgen. Wer heute noch in eine neue Gasheizung investiert, läuft früher oder später in eine enorme Kostenfalle - das sollten wir mit der KWP verhindern!

¹ Weitere Hintergründe, Quellen und Argumente für die aufgeführten Punkte werden ausführlich im Anhang dargelegt.

3. Die Zeit (der meisten) Gasnetze ist bald vorbei - nur wenn wir das jetzt kommunizieren, können die Abnehmer sich rechtzeitig darauf einstellen

Aus den ersten beiden Punkten ergibt sich, dass in einer klimaneutralen Zukunft die Gasverteilnetze nicht mehr benötigt werden. Die Stilllegung von Gasnetzen (bzw. einzelnen Abschnitten) ist jedoch ein Prozess, der schon viele Jahre im Voraus angestoßen werden muss, damit die Anschlussnehmer*innen ausreichend Zeit haben, auf eine andere Wärmeversorgung umzusteigen. Insbesondere in Fernwärmegebieten ist es unstrittig, dass dort nicht langfristig zwei parallele Infrastrukturen betrieben werden sollten - dennoch wird das bisher so gut wie gar nicht öffentlich kommuniziert. Das führt dazu, dass aktuell in vielen Teilen der Stadt teure Wärmeleitungen in den Straßen verlegt werden, an die nur wenige Häuser angeschlossen werden und der Rest - in der illusorischen Hoffnung auf eine langfristige Versorgung - einfach beim Gas bleibt. Doch auch in den anderen Teilen der Stadt müssen die Menschen erfahren, dass ihnen in 15 Jahren (bei Einhaltung des Chemnitzer Klimaziels) bzw. in 20 Jahren (gesetzliches Klimaziel) kein Gas mehr zur Verfügung stehen wird. Diese Zeiträume sind kürzer als die typische Lebensdauer eines neuen Gaskessels, somit besteht bereits jetzt Zeitdruck für eine proaktive Kommunikation zur Zukunft der Gasnetze.

Unsere Forderungen beziehen sich dabei explizit nicht nur auf den Wärmeplan selbst, sondern auch auf die begleitende Kommunikation zum Prozess. Die Debatte um das sogenannte Heizungsgesetz hat in der breiten Öffentlichkeit zu großen Verunsicherungen und der Verbreitung von Falschinformationen geführt, die durch eine klare Kommunikation aufgelöst werden kann und muss. Wir fordern daher alle demokratischen Parteien dazu auf, in der Debatte zur KWP auf praxisferne, ideologisch motivierte Forderungen (wie z.B. Wasserstoff in der Gebäudewärme) zu verzichten und gemeinsam für einen kosteneffizienten Transformationspfad mit ausreichend Planungssicherheit zu werben, der die oben beschriebenen Tatsachen berücksichtigt.

In der Hoffnung auf einen konstruktiven Austausch

Die Energie AG des Chemnitzer Klimabündnis

Anhang

Zur weiteren Vertiefung gehen wir an dieser Stelle nochmal auf einige häufig genannte Argumente ein, um diese einzuordnen bzw. zu widerlegen:

Bisherige Debatte zu Wasserstoff in der Gebäudewärme in Chemnitz

(dort aufgeführte Quellen werden hier nicht noch einmal erneut verlinkt).

Im März 2024 hat das Klimabündnis ein ausführliches Positionspapier zu diesem Thema veröffentlicht: <https://www.parentsforfuture.de/de/node/4669>

Im April 2024 hat eins energie darauf mit einem eigenen Statement reagiert:

<https://gemeinsam.eins.de/de-DE/ideas/welche-rolle-wird-der-wasserstoff-in-der-kommunale-n-warmeplanung-einnehmen>

Die dort aufgeführten Aspekte werden hier eingeordnet bzw. widerlegt:

https://drive.google.com/file/d/12fM0whOCfCvshF7mdPug8_hmrjUnh14g/view?usp=sharing

Im Folgenden werden weitere Argumente, die in der nachfolgenden Debatte angeführt wurden, mit aktuelleren Informationen eingeordnet und widerlegt:

Argument: "Die KWP ist ein iterativer Planungsprozess, in dem wir keine Option vorschnell ausschließen sollten"

Es ist richtig und wichtig, dass die KWP iterativ durchgeführt wird, insbesondere um die Eingrenzung der einzelnen Versorgungsgebiete stetig zu verbessern und fortzuschreiben. Die Hauptaufgabe der KWP ist es, als langfristiges, strategisches Planungsinstrument den Menschen in unserer Stadt einen realistischen Transformationspfad für die Wärmewende aufzuzeigen und somit eine bessere Planungsgrundlage für private Investitionsentscheidungen zu schaffen. Eine Wärmeplanung, die einfach alle verfügbaren Technologieoptionen als potentielle Optionen in einer Stadt aufführt, verfehlt dieses Ziel - insbesondere wenn dort Optionen aufgeführt (oder nicht explizit ausgeschlossen) werden, für die es keinen realistischen Pfad zur Wirtschaftlichkeit gibt. Sollte sich die Faktenlage hinsichtlich bestimmter Technologien in Zukunft signifikant ändern, so können diese in einer neuen Iteration neu beurteilt werden - aber bis dahin muss die aktuelle Sachlage inklusive realistischer Ausblicke zur Beurteilung von Optionen herangezogen werden. Eine KWP, die klar benennt, welche Heizungsoptionen in einer Stadt bzw. in einem Gebiet realistisch sind und welche nicht, kann helfen, Planungssicherheit zu schaffen. Tut sie das nicht, besteht die reale Gefahr, dass viele Menschen weiterhin neue Gasheizungen einbauen und dann in einigen Jahren ihre Heizkosten nicht mehr bezahlen können.

Argument: „Kommunikation zur Stilllegung der Gasverteilnetze ist Aufgabe des Netzbetreibers und kein Aspekt der kommunalen Wärmeplanung“

Die finale Verantwortung für konkrete Stilllegungspläne inkl. Zeitplan liegt natürlich beim Netzbetreiber - bevor der diese vollziehen kann, ist jedoch die klare „Rückendeckung“ aus Politik und Verwaltung notwendig. Ein kommunaler Wärmeplan und die damit einhergehende politische Debatte müssen klar aufzeigen, welche Heizungsoptionen zukünftig zur Verfügung stehen (Wärmenetze, Wärmepumpe, in kleinen Teil Biomasse), und welche nicht (Gasnetze).

„Der Ausstieg aus der Gasversorgung ist gleichzeitig auch der Einstieg in die autarke Selbstversorgung mit Wärme, die lokal aus erneuerbaren Energien gewonnen wird und so unsere riskante Abhängigkeit von Energieimporten verringert. Mit diesem Weg können wir langfristig eine bezahlbare Wärmeversorgung sichern.“ Wenn die städtische Politik Narrative wie dieses in den Vordergrund stellt, kann damit der Weg bereitet werden, der notwendig ist, damit in der Bevölkerung Akzeptanz für die Abkehr vom Gas entsteht. Das macht es dann auch dem Netzbetreiber einfacher, dies auch offen in der Kundenkommunikation zu benennen. Erfolgt diese politische „Rückendeckung“ jedoch nicht, so ist es auch nicht verwunderlich, wenn weiterhin Menschen aus mangelnder Transparenz weiter in die Kostenfalle Gas geleitet werden.

Argument: „Zukünftige Preisentwicklungen sind sehr schwer abzuschätzen, daher sollten wir alle Technologieoptionen offen halten“

Es ist richtig, dass das absolute Preisniveau verschiedener Energieträger kaum prognostizierbar ist. Anders sieht es jedoch mit der Relation dieser Energieträgerpreise aus: Wenn grüner Wasserstoff (mit nicht unerheblichen Verlusten) aus grünem Strom hergestellt wird, ist klar, dass dieser teurer als der eingangs eingesetzte Strom sein wird. Einen ähnlichen Zusammenhang konnte man während der Energiekrise, die gerne als Beispiel für die Unzuverlässigkeit von Preisprognosen angeführt wird, beobachten: Da in unserem aktuellen Energiesystem der Preis für Strom maßgeblich von Erdgaskraftwerken bestimmt wird, führte der Anstieg des Gaspreises zum etwa gleichen relativen Anstieg der Strompreise. Künftig werden Gaskraftwerke eine immer geringere Rolle im Stromsystem spielen und Strom häufig überschüssig zu günstigen Preisen zur Verfügung stehen, sodass eine strombasierte Wärmeversorgung mit dem Effizienzvorteil einer Wärmepumpe immer günstiger sein wird als die Versorgung mit grünen Gasen.

Darüber hinaus schließt eine Wärmeplanung, die auf konsequente Elektrifizierung setzt, auch keineswegs die Option Gas endgültig aus. Auch wenn das Zielbild einer klimaneutralen Wärmeversorgung keine Gasverteilnetze in Wohngebieten mehr vorsieht, werden diese erstmal noch lange weiter benötigt und erhalten. Sollten also Mitte des Jahrhunderts doch erheblich mehr bezahlbare grüne Gase zur Verfügung stehen, so können die Gasnetze dann immer noch transformiert werden. Der gegenteilige Transformationspfad ist hingegen deutlich riskanter: Wenn die Menschen in unserer Stadt aufgrund unklarer Kommunikation und ungedeckter Versprechen weiterhin neue Gasheizungen einbauen, für die dann in naher Zukunft nur noch sehr teures Gas zur Verfügung steht, laufen sie in eine Kostenfalle, in der das Heizen für Sie unbezahlbar wird.

Argument: Sauberer Wasserstoff ist aktuell sehr teuer, er könnte aber künftig deutlich günstiger werden - z.B. durch den Einsatz von blauem Wasserstoff

Grüner Wasserstoff wird aktuell für den rund 7-8 fachen Preis von Erdgas gehandelt ([Quelle](#)) und wird künftig sicher günstiger werden, jedoch keineswegs auf ein ähnliches Preisniveau wie Erdgas kommen. Ältere Prognosen, die einen Preis von 3€/kg (Faktor 2-3 gegenüber Erdgas heute) erwartet haben, gelten heute als überholt, da dort erhebliche Kostenbestandteile nicht berücksichtigt wurden. [Aktuelle Analysen](#) erwarten eher Preise von über 7€/kg in 2040. Dies ist auch darin begründet, dass die erhofften Lerneffekte bei den Kosten für Elektrolyse-Equipment nicht wie erwartet einsetzen. Stattdessen steigen diese Kosten derzeit ([Quelle](#)), sodass günstiger grüner Wasserstoff immer weiter in die Ferne rückt.

Blauer Wasserstoff kann zwar günstiger hergestellt werden, aber wenn dabei nicht alle Emissionen entlang der Wertschöpfungskette (insbesondere der Methanschluß bei der Erdgasförderung) zu sehr hohen Anteilen aufgefangen werden, ist die Klimabilanz kaum besser als bei der direkten Nutzung von Erdgas. Dies ist jedoch ebenso sehr teuer (weshalb es heute an vielen Erdgasförderstätten nicht ausreichend durchgeführt wird), sodass auch die Kosten für blauen Wasserstoff signifikant über aktuellen Erdgaspreisen liegen werden.

Zuletzt muss auch berücksichtigt werden, dass in einem marktwirtschaftlich organisierten System der Preis für einen Energieträger nicht von durchschnittlichen Gestehungskosten abhängt, sondern vom Preis des teuersten Kilos Wasserstoff, der noch zur Deckung der Nachfrage benötigt wird. Die Verfügbarkeit von blauem Wasserstoff, egal wie günstig oder teuer, würde zwar dazu führen, dass weniger grüner Wasserstoff benötigt wird, dennoch wäre letzterer in den allermeisten Fällen preissetzend. Anders formuliert: Ein norwegischer Produzent von blauem H₂ kann diesen für 4 €/kg produzieren. Er weiß, dass wir in Deutschland auf Wasserstoff angewiesen sind und ohne sein Angebot auf Wasserstoff zurückgreifen müssen, der vor Ort mit Kosten von 8€/kg produziert wird. Er wird uns seinen blauen H₂ also nicht ohne Gewinne zu Produktionskosten verkaufen, sondern zu einem fast doppelt so hohen Preis. Der Marktpreis in Deutschland fällt somit nicht von 8 auf 4€/kg, sondern eher auf 7,90 €/kg.

Dies zeigt jedoch auch, dass die Frage, wie hoch die zukünftige Wasserstoffnachfrage ist, elementar für künftige Preise sein wird. Folglich würde eine hohe Wasserstoffnachfrage aus dem Gebäudesektor zu höheren Preisen führen und somit auch zum Problem für jene Industrien werden, welche nicht elektrifizieren können und auf Wasserstoff angewiesen sind.

Argument: Die Gasverteilnetze sind ein wertvolles kommunales Asset. Wir sollten sie transformieren, statt über Stilllegungen zu sprechen.

Der Wert einer Infrastruktur sollte nicht an Errichtungskosten bemessen werden, sondern an dem Wert, den diese in einem künftigen Energiesystem liefert. Es ist selbst bei den größten Verfechtern grüner Gase unstrittig, dass Wärmepumpen zukünftig eine elementare Rolle in der dezentralen Gebäudewärme spielen werden und entsprechend der Anteil gasbeheizter Gebäude in jedem Szenario deutlich zurückgehen wird. Dementsprechend sind die heutigen Gasnetze für die zukünftige Versorgungsaufgabe überdimensioniert, ein Erhalt in heutiger

Form wäre entsprechend unwirtschaftlich - die Planung von Stilllegungen ist also unvermeidbar. Dabei macht es jedoch einen großen Unterschied, ob dies zufällig oder strukturiert passiert: Die [geordnete Stilllegung](#) von Gasnetzen kann die Kosten der Energiewende signifikant senken, z.B. indem Abschreibungen degressiv gestaltet und jetzt auf viele Schultern verteilt werden, anstatt sie zukünftig den wenigen verbliebenen Gasnetznutzern aufzubinden.

Auch das oben angesprochene Beispiel beim Fernwärmeausbau zeigt, wie elementar eine klare Kommunikation zur Zukunft der Gasnetze ist: Dadurch, dass aktuell nur wenige Gebäude pro Straße an neue Fernwärmeleitungen angeschlossen werden, müssen die Kosten für diese Leitungen auf viel weniger Abnehmer verteilt werden, welche entsprechend alle mehr als nötig zahlen. Ein "technologieoffener" Parallelbetrieb von zwei Infrastrukturen sorgt also für höhere Systemkosten - sowohl bei der Fernwärme, als auch im Strom- und Gasnetz.

Argument: Wenn wir Gas bzw. Wasserstoff in der kommunalen Wärmeplanung als Option ausschließen, stehen die Gebäudeeigentümer vor hohen Kosten

Die KWP ist lediglich ein Planungsinstrument und hat keinen direkten Einfluss auf private Investitionsentscheidungen von Eigentümer*innen. Das heißt, auch wenn dort keine Wasserstoffgebiete ausgewiesen werden, können weiterhin neue Gasheizungen (mit den Anforderungen aus dem Gebäudeenergiegesetz [GEG]) eingebaut werden. Allerdings hat die KWP natürlich einen indirekten Einfluss auf Investitionsentscheidungen: Die dort aufgezeigten Pläne bieten Orientierung und zeigen auf, welche Heizungsoptionen in welchen Gebieten voraussichtlich zur Verfügung stehen. Daher ist es nicht sinnvoll, hier Optionen aufzuzeigen, welche nur mit sehr geringer Wahrscheinlichkeit wirtschaftlich realisiert werden können. Anders gesagt: Wenn in der Chemnitzer Wärmeplanung Wasserstoffgebiete NICHT ausgewiesen werden, können dennoch neue Gasheizungen eingebaut werden, aber die Eigentümer*innen können nicht den Anspruch oder die Erwartungshaltung an die Stadt bzw. den Netzbetreiber stellen, dass diese langfristig mit Gas versorgt werden.

Das GEG bietet die Option der Ausweisung von Wasserstoffgebieten, damit dort auch nach 2026 noch neue Gasheizungen eingebaut und bis 2045 mit 100% Erdgas betrieben werden können. Diese Ausweisung hängt allerdings nicht direkt an der kommunalen Wärmeplanung und ist mit weiteren (Haftungs-)Pflichten beim Netzbetreiber (BNetzA Festlegung [FAUNA](#)) versehen, sodass diese Option derzeit unseres Wissens nach nirgendwo ernsthaft in Betracht gezogen wird. Eine Aufweichung des GEG wird zwar derzeit politisch diskutiert, aktuelle [Rechtsgutachten](#) zeigen jedoch auf, dass eine nennenswerte Abschwächung verfassungsrechtlich kaum zulässig wäre.

Beispiele aus anderen Städten

Andere Städte bzw. deren Energieversorger haben diese Zusammenhänge bereits erkannt und planen ihre dezentrale Wärmeversorgung völlig ohne Gase. Städte wie [Hamburg](#), [Mannheim](#) und [Hannover](#) planen bereits die Stilllegung ihrer Gasverteilnetze, und das, obwohl sie trotz ihrer Lage am Wasserstoff-Kernnetz und in der Nähe von großen

Industrieclustern deutlich bessere Grundvoraussetzungen für den Einsatz von Wasserstoff haben als Chemnitz.

Auch in der breiten Masse zeigt sich ein ähnliches Bild: Eine aktuelle [Umfrage](#) (September 2025) zeigt, dass lediglich 5% der Stadtwerke planen, bei der KWP vorrangig auf grüne Gase zu setzen. Auch eine Anteilige Nutzung von grünen Gasen verfolgen lediglich 21% der befragten Stadtwerke, was eine signifikante Abkehr vom Status Quo bedeutet.

Praxisbeispiele für eine gelungene Kommunikation zur Stilllegung von Gasnetzen gibt es bereits aus der [Schweiz](#): Dort wurde in einigen Städten bereits vor Jahren das bevorstehende Ende der Gasversorgung angekündigt, ohne dass es zu großen Protesten betroffener Menschen kam - da diesen klar aufgezeigt wurde, welche Alternativen dafür geschaffen sind und warum diese langfristig in fast jeder Hinsicht besser sind.